

## NIEDERSCHRIFT

|                 |                                 |               |                  |
|-----------------|---------------------------------|---------------|------------------|
| Körperschaft:   | <b>Große Kreisstadt Freital</b> |               |                  |
| Gremium:        | <b>Stadtrat</b>                 |               |                  |
| Sitzung am:     | <b>9. März 2017</b>             |               |                  |
| Sitzungsort:    | <b>Rathaus Potschappel</b>      |               |                  |
| Sitzungsbeginn: | <b>18.15 Uhr</b>                | Sitzungsende: | <b>21.25 Uhr</b> |

**Die Sitzung setzte sich aus öffentlichen und nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten zusammen.**

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

### **Genehmigt und wie folgt unterschrieben:**

Vorsitzender:

Schriftführer:

Urkundspersonen:



**Amtsleiter/innen und Mitarbeiter/innen**

|                      |  |
|----------------------|--|
| Jörg Böhme           | Leiter Stabsstelle Beteiligungssteuerung         |
| Andreas Funk         | Amtsleiter Finanzverwaltung                      |
| Gerd Glöß            | Amtsleiter Ordnungsamt                           |
| Daniel Hartig        | Betriebsleiter Abwasserbetrieb                   |
| Gabriele Kerger      | Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt                |
| Holger Leuschner     | Amtsleiter Hauptamt                              |
| Silvio Messerschmidt | Sachbearbeiter Hochbau/Denkmalpflege/Vergabe     |
| Heike Richter        | Stellvertretende Amtsleiterin Stadtbauamt        |
| Josephine Schattanek | Amtsleiterin Stadtplanungsamt                    |
| Heike Tiltmann       | Schriftführerin                                  |
| Helmut Weichlein     | Juristischer Referent                            |
| Matthias Weigel      | Sachbearbeiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit |

**Geschäftsführer**

|                    |  |
|--------------------|--|
| Michael Heinzig    | Wohnungsgesellschaft Freital mbH   |
| Alexander Karrei   | Freitaler Projektentwicklungsgesellschaft mbH,<br>Technologie- und Gründerzentrum Freital GmbH |
| Matthias Leuschner | Wirtschaftsbetriebe Freital GmbH und<br>FREITALER STROM+GAS GMBH                               |
| Jörg Schneider     | Technische Werke Freital GmbH  |

**Abwesenheit:****Stadträtinnen/Stadträte**

|                               |                                  |                          |
|-------------------------------|----------------------------------|--------------------------|
| Dirk Abraham                  |                                  | unentschuldigt           |
| Jutta Ebert                   | Ortsvorsteherin Wurgwitz         | entschuldigt, Urlaub     |
| Ute-Maria Frost               |                                  | entschuldigt, krank      |
| Ines Kummer                   |                                  | entschuldigt, krank      |
| Claudia Irén Mihály-Anastasio |                                  | entschuldigt, krank      |
| Karin Müller                  |                                  | entschuldigt, privat     |
| Michael Richter               | Vorsitzender Fraktion DIE LINKE. | entschuldigt, dienstlich |
| Wolfgang Schneider            | Ortsvorsteher Pesterwitz         | entschuldigt, krank      |

Zuhörer: 18

Herr Rumberg begrüßt die Anwesenden und eröffnet 19.35 Uhr den öffentlichen Teil der Stadtratssitzung. Er ändert die Tagesordnung des öffentlichen Teils dahingehend, dass die Punkte 6 und 10 von der Tagesordnung genommen werden.

Weitere Änderungen bzw. Einwände zur geänderten Tagesordnung des öffentlichen Teils gibt es nicht. Somit ist die Tagesordnung in geänderter Form angenommen und die Nummerierung ändert sich entsprechend.

## VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

|               |                                 |
|---------------|---------------------------------|
| Körperschaft: | <b>Große Kreisstadt Freital</b> |
| Gremium:      | <b>Stadtrat</b>                 |
| Sitzung am:   | <b>9. März 2017</b>             |

### Öffentlicher Teil

3. Beschluss über Einwendungen gegen die Niederschriften vom 1. Dezember 2016 und 12. Januar 2017
4. Information zum aktuellen Stand der Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber
5. Informationen und Anfragen
6. (A 2017/004)  
Antrag der Fraktion Bürger für Freital zur Einrichtung von befahrbaren Radschutzstreifen auf der Dresdner Straße
7. (A 2017/005)  
Antrag der Fraktion Bürger für Freital auf Anbringung von 30 km/h Schildern an der Tharandter Straße und Rabenauer Straße
8. (A 2017/006)  
Antrag der CDU-Fraktion zur Prüfung der Fördermöglichkeit für eine/n Transferassistenten/in für die Technologie- und Gründerzentrum Freital GmbH
9. (Vorlagen-Nr.: B 2017/006)  
Abschluss des Fördergebietes Freital-Döhlen für das Bund-Länder-Programm Stadtumbau Ost - Aufwertung und Bestätigung der Gebietserweiterung des SOP-Fördergebietes "Ortsteilzentrum Deuben"
10. (Vorlagen-Nr.: B 2017/007)  
Feststellungsbeschluss zur 1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Großen Kreisstadt Freital - Ergänzungsbeschluss

### **Tagesordnungspunkt 3**

#### **Beschluss über Einwendungen gegen die Niederschriften vom 1. Dezember 2016 und 12. Januar 2017**

Herr Rumberg bemerkt, dass es Einwände von Herrn Wolframm zum Protokoll vom 1. Dezember 2016 gibt, die allen Stadträten zugegangen sind.

Herr Rülke bittet, die Bestätigung der Niederschrift vom 1. Dezember 2016 noch einmal einen Monat zu verschieben, da aufgrund der Kürze der Bereitstellung der Änderungswünsche noch nicht nachvollziehbar ist, welche Änderungen wo vorgenommen werden sollen.

Herr Rumberg führt aus, dass es einen Anhang zur Niederschrift gibt, wo der Wunsch geäußert wurde, dessen Inhalt in die Niederschrift aufzunehmen. Er erinnert, dass der öffentliche Teil der Niederschriften des Stadtrates im Amtsblatt veröffentlicht wird und je mehr Seiten diese Niederschrift umfasst, umso mehr schlägt es sich in den Kosten der Veröffentlichung nieder.

Herr Wolframm stellt richtig, dass er die Einwände zur Niederschrift nicht für sich sondern für Frau Thäder-Voigt eingereicht hat, weil sie sich falsch verstanden fühlt und sie offensichtlich nicht die Möglichkeit hat, Einwände dagegen vorzubringen. Rechtlich ist Herrn Wolframm nicht klar, wenn jemand außerhalb des Stadtrates in der Niederschrift wiedergegeben wird, sich jedoch falsch verstanden fühlt, warum er nicht dagegen vorgehen kann. Demjenigen sollte die Möglichkeit gegeben werden, es darzustellen. Frau Thäder-Voigt hat mit Herrn Wolframm in die digitale Aufnahme gehört und die entsprechenden Änderungen vorgebracht. Er kann nachvollziehen, dass Frau Thäder-Voigt das was sie gesagt hat, auch in der Niederschrift wiederfinden möchte.

Herr Rumberg gibt zu bedenken, dass die Niederschriften der Stadt Freital schon sehr umfangreich sind. Laut Sächsischer Gemeindeordnung ist es ausreichend, das Ergebnis darzulegen.

Herr Mayer schließt sich den Worten von Herrn Rülke an. Die Aufnahme einer wortwörtlichen Rede ist nur möglich, wenn dies während der Sitzung zu Beginn der Wortmeldung gefordert wird.

Frau Dr. Darmstadt findet es kritisch, anzufangen alle Sitzungen wortwörtlich niederzuschreiben. Es ist bisher immer eine Zusammenfassung üblich gewesen, was in der Regel auch ausreichend ist. Es wäre lediglich zu schauen, ob die Zusammenfassung das was gesagt wurde auch wiedergibt.

Herr Ch. Meyer stimmt Herrn Rülke zu, die Bestätigung der Niederschrift 1. Dezember 2016 noch einmal einen Monat zu verschieben. Wenn sich jemand falsch verstanden fühlt, sollte man dem nachgehen.

Frau Dr. Darmstadt stellt fest, dass die Niederschriften des öffentlichen Teils erst veröffentlicht werden, wenn diese durch den Stadtrat bestätigt sind und der öffentliche Teil ja vorher lediglich den Stadträten zur Verfügung gestellt wird. Sie stellt sich die Frage, welches Recht jemand hat, der zur Sitzung zu Wort kommt, aber kein Stadtrat ist, Einsicht in das noch nicht vom Stadtrat bestätigte Protokoll zu nehmen.

Herr Weichlein führt aus, dass eine Einsicht in das Protokoll nicht offensichtlich stattgefunden hat. Herr Wolframm hat in der Verwaltung angerufen und mitgeteilt, in die digitale Aufnahme hören zu wollen. Er kam dann jedoch nicht allein, was aber nicht das übliche Verfahren ist.

Herr Wolframm findet es fragwürdig, wenn eine Person, die kein Stadtrat ist, in der Niederschrift wiedergegeben wird und sich falsch dargestellt sieht, keine Möglichkeit hat, dagegen Einwände zu erheben.

Herr Rumberg schlägt aufgrund der Diskussion vor, die Bestätigung der Niederschrift des Stadtrates 1. Dezember 2016 erneut einen Monat zu verschieben.

Seitens der Stadträte gibt es keine Einwände zu dem Vorschlag und somit wird die Bestätigung auf den nächsten Stadtrat verschoben.

Zum Protokoll vom 12. Januar 2017 gibt es keine Einwände.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

#### **Tagesordnungspunkt 4**

##### **Information zum aktuellen Stand der Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber**

Herr Pfitzenreiter informiert, dass derzeit 152 Asylbewerber (128 Männer, 11 Frauen, 13 Kinder) dezentral untergebracht sind. In der dezentralen Unterbringung stehen noch 29 Plätze zur Verfügung. Im letzten Sozial- und Kulturausschuss wurde ausführlich über die Integrationsmöglichkeiten informiert, was auch wieder im Sozial- und Kulturausschuss am 25. April 2017 erfolgt.

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

#### **Tagesordnungspunkt 5**

##### **Informationen und Anfragen**

Herr Rumberg informiert, dass folgende Anfragen schriftlich beantwortet sind:

- von Herrn Mayer zu den Kosten einer möglichen Beschilderung an der „Friedhofskurve“ Wilsdruffer Straße,
- von Herrn Richter zur Entfernung der Pergola an der Wehrstraße.

Herr Messerschmidt informiert, dass der Termin zur Inbetriebnahme der sanierten Grundschule Wurgwitz zum Schuljahresbeginn 2017/2018 nicht gehalten werden kann. Gründe für den zeitlichen Verzug sind die bei den Abbrucharbeiten gefundenen Teerpappen in den Fußböden, das wechselhafte und teilweise schlechte Wetter im Oktober/November 2016 mit permanentem Wassereintritt im Gebäude und der daraus resultierende verspätete Beginn der Elektro- und Sanitärmaßnahmen. Um die Zeitverzögerung teilweise wieder aufzuholen, erfolgte eine kleinteiligere Ausschreibung von Maßnahmen an mehrere Firmen. Baulich gesehen liegt die Fertigstellung Ende August 2017, woran sich der Prozess der Inbetriebnahme der Anlagentechnik, Möblierung usw. anschließt. Die Übergabe der Schule kann dann mit Beginn der Herbstferien erfolgen.

Herr Pfitzenreiter ergänzt, dass nunmehr die Rahmenbedingungen für Kleinnaundorf geschaffen werden, damit die Auslagerung der Grundschule Wurgwitz weiterhin dort erfolgen kann. Die Bildungsagentur, Schul- und Hortleitung sind entsprechend informiert und morgen werden auch die Eltern entsprechend informiert.

Herr Mayer fragt, wie die Eltern informiert werden.

Herr Pfitzenreiter legt dar, dass es einen zweiseitigen Brief gibt, welcher im Anschluss an die heutige Sitzung an die Grundschule Wurgwitz gefaxt wird, um morgen den Eltern weitergegeben werden zu können.

Herr Rülke bedauert zwar die Verzögerung der Fertigstellung, wobei es bei so einer großen Maßnahme nicht unwahrscheinlich ist, dass es zu Verzögerungen kommt. Insofern wünscht er sich, dass der Termin Herbstferien gehalten werden kann. Da mit der Verzögerung auch höhere Kosten verbunden sind (z. B. Schülersonderverkehr usw.) sollte zeitnah im Stadtrat informiert werden, welche zusätzlichen Kosten auf die Stadt Freital zukommen.

Herr Wolframm möchte wissen, wann die Turnhalle in Betrieb genommen werden kann.

Herr Schautz antwortet, dass es zur Turnhalle Ende Mai einen Termin geben wird. Eine vorzeitige Nutzung ab April 2017 wird es jedoch nicht geben. Aus gegenwärtiger Sicht ist sie frühestens zu den Sommerferien nutzbar.

Herr Pfitzenreiter ergänzt, dass nach seinem Kenntnisstand der Kreissportbund informiert und eine Lösung für die Unterbringung im Alfred-Damm-Heim gefunden wurde.

Herr Brandau fragt, da zusätzliche Arbeiten sich oft auf die Kosten niederschlagen, um welche Größenordnung es sich handelt.

Herr Schautz antwortet, dass man sich gegenwärtig noch im Rahmen des vorgegebenen Budgets bewegt, die Dinge jedoch gerade geprüft werden.

Herr Tschirner möchte wissen, welche Auswirkung die Verzögerung auf den neu entstehenden Kindergarten in der Grundschule Wurgwitz hat. Des Weiteren spricht er sich dafür aus, die Schuleinführung der Erstklässler in der Wurgwitzer Turnhalle durchzuführen.

Herr Schautz legt dar, dass auch die Kindertagesstätte von der Verzögerung betroffen ist.

Herr Pfitzenreiter fügt hinzu, dass für die Kindertagesstätte nach Lösungen gesucht wird. Betroffen ist auch der Hort, der während der Sommer- und Herbstferien in der Grundschule Glück-Auf untergebracht ist, wo ebenfalls Baumaßnahmen stattfinden. Im nächsten Bildungsausschuss werden dazu nähere Ausführungen gemacht.

Zur Grundschule Wurgwitz gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Pfitzenreiter informiert, dass es von Seiten einiger Bürger großes Interesse gibt, die Seniorenarbeit intensiver mit im Stadtrat zu verankern. In Gesprächen ist der Vorschlag entstanden, einen ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten zu bestellen, wofür Änderungen in der Hauptsatzung notwendig werden. Ziel ist es, bis Ende des Jahres einen ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten im Stadtrat begrüßen zu dürfen.

Herr Gliemann unterstützt im Namen der Fraktion Freie Wähler Freital die von Herrn Rumberg veröffentlichte Pressemitteilung zum Prozessauftakt gegen die Terrorgruppe „Gruppe Freital“. Wer gegen Gesetze verstößt, muss auch mit der vollen Härte des Gesetzes bestraft werden. Dennoch stellt sich die Frage, ob der Zugriff der GSG 9 und die Kosten von

ca. 5 Mio. Euro für den Bau eines Gerichtsaals sowie die Gleichstellung mit RAF und NSU nicht übertrieben sind. Weiterhin gibt es einen Artikel im „Stern“ zum Prozessauftakt, wo Freital als das dunkelste Tal Deutschlands dargestellt wird und in dem die Stadträtin Frau Kummer zitiert wird, wenn die GSG 9 nicht eingegriffen hätte, es 14 Tage später Tode gegeben hätte. Das was passiert ist, ist falsch und muss verfolgt werden, aber Freital so schlecht darzustellen ist nicht korrekt. In Freital leben viele friedliebende Menschen und eher sollte dies nach außen getragen werden, als beizutragen, Freital deutschlandweit schlecht zu machen.

Herr Rülke unterstreicht, dass die positiven Seiten der Stadt in den Vordergrund gestellt werden müssen und alles dafür getan werden muss, die Stadt Freital in der Berichterstattung der Medien nicht schlechter dastehen zu lassen, als sie tatsächlich ist. Des Weiteren bittet er, die Beschilderung der Baustelle auf der Dresdner Straße in Höhe der Zufahrt Feuerwehr zu prüfen, da die Rückführung von der veränderten Verkehrsführung auf die rechte Spur bei Dämmerung/Dunkelheit unübersichtlich ist. Herr Rülke stellt im Namen der CDU-Fraktion den Antrag zur Erstellung einer Stadtchronik. Schriftlich stellt er folgende Anfragen:

- zu Sturmschäden an öffentlichen Gebäuden und Grundstücken aufgrund der extremen Wetterbedingungen der vergangenen Wochen
- zum Abschließen von Grund- und Oberschulen mit Beginn des Unterrichts

Herr Brandau nimmt ebenfalls Bezug auf die Pressemitteilung des Oberbürgermeisters zum Prozessauftakt und ist der Meinung, dass Herr Rumberg deutliche Worte gefunden hat, wo er, wo die Stadt steht und was Freital positiv ausmacht.

Herr Ch. Meyer fragt nach dem Stand zur Umsetzung des Beschlusses 095/2016 zu Gestaltungsmöglichkeiten der Dresdner Straße in Hainsberg. Mit der nun stattfindenden Baumaßnahme entlang der Dresdner Straße in Hainsberg und Deuben wird heute wie damals die Gefahr gesehen, dass das Durchkommen von Rettungsfahrzeugen starke Probleme mit sich bringt. Daher stellt er die Frage, was von Seiten der Verwaltung unternommen wurde, eine befristete Umleitung über die Güterbahnhofstraße mit der Deutschen Bahn möglich zu machen. Die Aussage dazu im Technischen und Umweltausschuss am 1. März 2017, dass ein Brief an die Deutsche Bahn geschickt wurde, ist nicht ausreichend.

Herr Wolfram hat als Kreisrat an den Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge zur Förderschule L eine Frage gestellt, in dessen Antwort auf ein Gutachten, was zusammen mit der Stadt Freital erstellt wurde, verwiesen wird. Um welches Gutachten handelt es sich und liegt dieses der Stadt Freital vor?

Herr Rumberg antwortet, dass die Studie mit Hilfe, aber ohne finanzielle Unterstützung der Stadt Freital erstellt wurde.

Herr Schautz ergänzt, dass es um die Standortuntersuchung ging und der Stadt Freital das Gutachten bekannt ist.

Herr Dimter stellt immer wieder Verschmutzungen durch defekte gelbe Säcke fest und fragt, ob es Verhandlungen zur Einführung gelber Tonnen gibt.

Herr Rumberg ist über die Situation der Verschmutzung, gerade bei Sturm, ebenfalls nicht erfreut und wird sich der Thematik annehmen. Das Aufstellen gelber Tonnen hat jedoch auch Vor- und Nachteile, denn Großvermieter sind bereits jetzt schon bei ihren Stellplätzen an der Kapazitätsgrenze angelangt. Es wird momentan ein Aufruf zur Müllsammelaktion an die Bevölkerung organisiert.

Herr Käfer bestätigt die starken Verschmutzungen durch die gelben Säcke bei Wind sowie Sturm und stellt fest, dass die Entsorgung bei der vorhergehenden Firma ALBA besser funktioniert hat. Er fragt, ob es möglich wäre, die Entsorgung wieder der Firma ALBA zu übertragen.

Herr Rumberg stellt richtig, dass die Stadt Freital nicht Herr des Verfahrens ist.

Herr Gliemann bedankt sich bei den Hausmeistern der Technischen Werke Freital GmbH, als Beispiel nennt er hier die Grundschule Ludwig Richter, die auf den städtischen Flächen den Wintersplitt schnell beseitigt haben.

Herr Jonas hat eine Gruppe von fünf bis sechs Jugendlichen, die sich gern bei der neu zu bauenden BMX-Strecke in Zauckerode einbringen möchte, und fragt, wie weit dazu die Planungen sind.

Herr Schautz antwortet, dass mit der Freischaltung des Haushaltes der Fördermittelantrag und die entsprechende Genehmigungsplanung erarbeitet werden.

Herr Wolframm ergänzt, dass die Jugendlichen sich an Frau Lehmann von Freital.Net/z wenden sollen, damit diese zu der nächsten Beratung zur BMX-Strecke mit eingeladen werden können.

Weitere Informationen und Anfragen gibt es nicht.

#### **Tagesordnungspunkt 6**

**A 2017/004**

#### **Antrag der Fraktion Bürger für Freital zur Einrichtung von befahrbaren Radschutzstreifen auf der Dresdner Straße**

Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss (TUA)

am 1. März 2017

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 2. März 2017

Herr Mahoche verlässt die Sitzung. Somit sind 25 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Dr. Wasner erläutert den Antrag, welcher mit Posteingang 7. März 2017 bei der Verwaltung geändert eingegangen ist. Er geht anhand eines Flyers der Stadt Hamburg auf den Radfahr- und den Schutzstreifen sowie deren Unterschiede ein. Die für den Radfahrstreifen notwendige Restbreite einer Straße erfüllt die Dresdner Straße nur stückweise. Die von der Stadt Freital in Verbindung mit dem Schutzstreifen angeführte Regelung EPM-System ist nur in einigen Bundesländern eingeführt worden, in Sachsen gilt sie nicht. Herr Dr. Wasner sieht in der Anbringung von Schutzstreifen die Möglichkeit, Gefährdungen für Radfahrer zu mindern.

Herr Gliemann geht davon aus, dass von Seiten der Fraktion Bürger für Freital rechtlich alles geprüft wurde. Er fragt, wie die Schutzstreifen im Bereich der Verkehrsinseln funktionieren.

Herr Dr. Wasner antwortet, dass im Bereich der Inseln wie in allen anderen Bereichen, der PKW hinter dem Radfahrer bleiben muss, wenn es nicht genügend Platz zum Überholen gibt.

Herr Mayer unterstützt den Antrag A 2017/004 in geänderter Form, um ein Signal zu setzen, dass sich um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer gekümmert wird.

Herr Rülke möchte wissen, welche rechtlichen Auswirkungen es hat, dass der Beschlussvorschlag von „beauftragt den Oberbürgermeister“ in „fordert den Oberbürgermeister auf“ geändert wurde. Weiterhin stellt er fest, dass das vollständige überarbeitete Radverkehrskonzept den Stadträten noch nicht vorliegt. Dies sollte abgewartet werden, um zu prüfen inwiefern der Alltagsradverkehr berücksichtigt wurde. Bezüglich des Schutzstreifens hat Herr Rülke persönlich den Eindruck, dass er den Autofahrern das Gefühl gibt, ausreichend Platz zu haben, um überholen zu können. Da dies jedoch zum Beispiel durch die Verkehrsinseln nicht so ist, befürchtet er, dass es gerade an den Engstellen eher zu Gefährdungen für Radfahrer kommen kann.

Herr Weichlein schildert, dass das Wort „fordert“ als Überwachung des Oberbürgermeisters zu verstehen ist. Dieser handelt dann nach wie vor zusammen mit der Verwaltung in eigener Verantwortung und unterliegt Weisungen übergeordneter Behörden. Bei dem Wort „beauftragt“ wäre es eine Weisung des Stadtrates, was nicht in dessen Zuständigkeitsbereich liegt.

Herr Brandau befürwortet den Einstieg zur Schaffung von Schutzstreifen, wo es machbar ist. Kritisch sieht er die nicht bezifferten finanziellen Auswirkungen. Er ist dem nachgegangen und der Heißkunststoff der dafür notwendig ist, kostet bis zu 10 Euro/Meter. Bei 5 km wären dies 50.000 Euro, die nicht einfach so aus den Instandhaltungskosten finanziert werden können.

Herr Dr. Wasner führt aus, dass die Fraktion Bürger für Freital ebenfalls überlegt hat, auf das Vorliegen der gesamten Radverkehrskonzeption zu warten. Die teilweisen Vorstellungen im Technischen und Umweltausschuss haben jedoch gezeigt, dass auf die touristischen Radwege und in keinerlei Weise auf die Dresdner Straße eingegangen wird. Wie bereits erläutert, gilt die laut EPM-System geforderte Mindestbreite nur in verschiedenen Bundesländern und nicht in Sachsen. Von daher besteht in Freital die Möglichkeit, Schutzstreifen einzurichten. Bezüglich der Aussage von Herrn Rülke, dass bei Engstellen eher eine Gefahr für Radfahrer besteht, führt Herr Dr. Wasner aus, dass mit oder ohne Schutzstreifen an Engstellen kein Radfahrer überholt werden darf, wenn nicht genügend Platz vorhanden ist.

Herr Rumberg legt dar, wenn es so einfach wäre ihn als Oberbürgermeister aufzufordern, Schutzstreifen auf der Dresdner Straße anzubringen, er es tun würde. Es sind aber gewisse Verkehrsregeln usw. einzuhalten.

Herr Schautz bemerkt, dass es den Auftrag gab, das Radverkehrskonzept fortzuschreiben, was in Kurzfassung im Technischen und Umweltausschuss am 31. Januar 2017 vorgestellt wurde. In den zwei Jahren zuvor wurde im Detail die Dresdner Straße, Nord-West-Tangente sowie der Weißeritztalradweg vorgestellt. Insofern stimmt es nicht, dass die Dresdner Straße nicht untersucht wurde. Er bittet, die Diskussion auf der Grundlage des Radverkehrskonzeptes und der gesetzlichen Regelungen weiterzuführen.

Herr Rülke nennt als Beispiel die Chemnitzer Straße in Dresden und die Rabenauer Straße in Freital, wo Schutzstreifen aufgetragen sind und dort den PKW-Fahrern psychisch der Eindruck vermittelt wird, ungehindert zum Schutz des Radfahrers vorbeifahren zu können. Wenn es dann plötzlich bei Gegenverkehr doch eng wird, wird auf den Schutzstreifen ausgewichen, was zu einer Gefährdung für den Radfahrer werden kann. Herr Rülke stellt den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag A 2017/004 zurückzustellen und wenn das überarbeitete Radverkehrskonzept vorliegt eine Entscheidung zu treffen.

Herr Gliemann äußert, dass die Fraktion Freie Wähle Freital dem Anliegen des Antrages A 2017/004 prinzipiell zustimmt, aber auch wie von Herrn Brandau erwähnt die Kosten mit berücksichtigt werden müssen. Dem Antrag auf Vertagung stimmt Herr Gliemann zu.

Herr Dr. Wasner sieht nicht die Zeitfrage für das Treffen einer Entscheidung. Es geht einfach um Nichts oder Etwas tun und daher bringt eine Vertagung nichts.

Herr Mayer stimmt prinzipiell zu, den Willen kund zu tun, ob man für oder gegen Schutzstreifen in Freital ist. Aus diesem Grund wäre eine Vertagung abzulehnen. Andererseits gibt es bei einigen Stadträten noch Unsicherheiten, die sich intensiver mit der Thematik befassen wollen. Dadurch besteht die Chance einer Mehrheit im Stadtrat. Insofern stimmt er einer Vertagung zu. Bezüglich der Wahrnehmung von Schutzstreifen führt er aus, dass er selbst den Eindruck hat, Achtung hier ist mit Radfahrern zu rechnen.

Herr Dr. Thomas fährt selbst kein Fahrrad und fühlt sich demzufolge inkompetent dazu eine Entscheidung zu treffen und wird sich der Stimme enthalten.

Herrn Ch. Meyer geht es darum ein Zeichen zu setzen, zumal es nicht darum geht entlang der gesamten Dresdner Straße Schutzstreifen einzurichten. An Stellen, wo kein Schutzstreifen machbar bzw. sinnvoll ist, muss keiner eingerichtet werden. Man sollte jedoch anfangen und probieren, wie es funktioniert.

Herr Rumberg weist darauf hin, dass im Beschlussvorschlag nichts von Abschnitten steht, es steht beidseitig der Dresdner Straße Schutzstreifen einzurichten.

Herr Ch. Meyer würde Herrn Rumberg dann auffordern, gewissenhaft zu prüfen, wo man Schutzstreifen anlegen kann. Es wird nicht die Dresdner Straße in ihrer ganzen Länge zur Diskussion gestellt.

Herr Wolframm begrüßt den Antrag A 2017/004, der der Verwaltung auch alle Möglichkeiten offen lässt, da kein Termin, keine Kosten usw. enthalten sind. Demzufolge kann geprüft und dann ein entsprechender Vorschlag unterbreitet werden.

Herr Brandau stimmt dem Antrag auf Vertagung zu.

Da es zum Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung keine weiteren Wortmeldungen gibt, bringt Herr Rumberg diesen zur Abstimmung.

|   |    |
|---|----|
| <b>Abstimmungsergebnis</b>              |    |
| Zahl der Gremiumsmitglieder:            | 35 |
| Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder: | 25 |
| Davon stimmberechtigt:                  | 25 |
| Ja-Stimmen:                             | 14 |
| Nein-Stimmen:                           | 10 |
| Stimmenthaltungen:                      | 1  |

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag angenommen und der Antrag A 2017/004 wird vertagt.

|  |                   |
|--|-------------------|
| <b>Tagesordnungspunkt 7</b>  | <b>A 2017/005</b> |
| <b>Antrag der Fraktion Bürger für Freital auf Anbringung von 30 km/h Schildern an der Tharandter Straße und Rabenauer Straße</b> |                   |

Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss (TUA)

am 1. März 2017

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 2. März 2017

Herr N. Meyer erläutert den Antrag, der das Ziel verfolgt, die Sicherheit der Bürger zu erhöhen, indem der alte Zustand wieder hergestellt wird. Die Tharandter Straße hat im Bereich der Südstraße einen kurvigen Verlauf, so dass die Sicht von der Südstraße auf die Tharandter Straße eingeschränkt ist. Auf der Rabenauer Straße im Bereich Tulpenstraße wird Handlungsbedarf aufgrund der hohen Fußgängerfrequenz zum Weißeritzpark und zur Schule gesehen. Auf die Nachfrage im Technischen und Umweltausschuss, weshalb in den Bereichen die 30 km/h-Schilder entfernt wurden, wurde mitgeteilt, dass es sich um keine Unfallschwerpunkte handelt und es wurde auf die §§ 39 und 45 StVO verwiesen. Nunmehr drängt sich die Frage auf, weshalb es an den Stellen in der Vergangenheit geringere Unfallzahlen gab, was auch auf die Geschwindigkeitsbeschränkung von 30 km/h zurückzuführen ist. Zum § 45 Abs. 9 StVO wird weder in der einschlägigen Kommentarliteratur noch in der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes die Auffassung vertreten, dass eine Geschwindigkeitsbeschränkung nur dann vorgenommen werden kann, wenn ein sogenannter Unfallschwerpunkt vorliegt. Eine verbindliche Definition zu Unfallschwerpunkten gibt es keine. Dabei verweist Herr N. Meyer auf den führenden Kommentar Henschel zum Straßenverkehrsrecht. Weiterhin weist er darauf hin, dass mit Datum 14. Dezember 2016 eine Änderung der Straßenverkehrsordnung in Kraft getreten ist, die unter anderem eine Absenkung der Eingriffsschwelle bei Geschwindigkeitsbeschränkungen vorsieht. Aus rechtlicher Sicht spricht somit nichts dagegen, an der Tharandter Straße und Rabenauer Straße wieder eine Beschränkung auf 30 km/h vorzunehmen.

Herr Rülke stimmt inhaltlich mit dem Antrag der Fraktion Bürger für Freital überein, ist aber der Meinung, dass dieser nicht weit genug greift. In Freital gibt es nicht nur die beiden Stellen, wo die 30 km/h-Schilder bereits entfernt oder in Zukunft noch entfernt werden (z. Bsp. Einfahrt Betriebshof RVD auf der Hüttenstraße). Herr Rülke plädiert dafür, mit der Verwaltung eine einvernehmliche Lösung zu finden und den Antrag in der Form nicht zu bestätigen.

Herr Gliemann bemerkt, dass nicht erst gewartet werden muss, bis etwas passiert. Die Fraktion Freie Wähler Freital stimmt dem Antrag A 2017/005 zu. Herrn Rülke bittet er, weitere Gefahrenstellen aufzulisten und einen weiteren Antrag vorzubereiten.

Herr Mayer stellt fest, dass ein Großteil der Freitaler Bürger nicht nachvollziehen kann, weshalb die 30 km/h-Schilder entfernt wurden und die AfD-Fraktion unterstützt den Antrag A 2017/005.

Herr Brandau lehnt den Antrag ab, da er sich auf die Fachleute der Verwaltung verlässt und nicht bewiesen ist, dass durch ein 30 km/h-Schild die Unfallereignisse gesenkt werden.

Herr Wolfram begrüßt ebenfalls den Antrag A 2017/005 und bittet ebenfalls Herrn Rülke, weitere Gefahrenstellen mit einem erneuten Antrag einzureichen. Den Ausführungen von Herrn Brandau kann Herr Wolfram nicht folgen, denn in Tharandt gab es eine ähnliche Situation, wo ein 30 km/h-Schild entfernt wurde und es dann zu einem schweren Unfall kam.

Herr Specht ist der Meinung, dass die Stadtverwaltung ja ihre Meinung haben kann, wenn jedoch der Stadtrat wünscht und es dazu noch eine rechtliche Grundlage gibt, die 30 km/h-Schilder wieder anzubringen, sollte dies abgestimmt und entsprechend umgesetzt werden.

Frau Dr. Darmstadt wird gegen den Antrag A 2017/005 stimmen. Es werden viel zu viele „30“ Schilder aufgestellt, zum Beispiel wegen Lärmschutz, so dass dann die Gefahr besteht, dass sie nicht mehr wahrgenommen werden.

Herr Dimter bedauert, dass mit dem Antrag die Kompetenz der Fachleute angezweifelt wird.

Herr Dr. Wasner äußert, dass es bei dem Antrag konkret um zwei Stellen geht. Auf der Tharandter Straße ist ein reger Verkehrsfluss mit wenig Lücken für die Ausfahrenden von der Südstraße, was mit einer Geschwindigkeit von 50 km/h noch gefährlicher wird. Dass es sich da um keinen Unfallschwerpunkt handelt, liegt auch daran, dass bis vor kurzem neben dem Schild „gefährliche Kurve“ auch ein 30 km/h-Schild angebracht gewesen ist. Die Rabenauer Straße wird viel von älteren Leuten überquert, die etwas länger über die Straße brauchen und hinzukommt, dass der Bereich Tulpenstraße schwer einzusehen ist. Wenn an der Stelle die 50 km/h zugelassen werden, ist an die Bevölkerungsgruppen ältere Menschen und Schüler nicht gedacht worden.

Herr J. Müller stimmt den Ausführungen von Frau Dr. Darmstadt zu. An der Tharandter Straße ist das Schild „gefährliche Kurve“ ausreichend und im Bereich der Tulpenstraße wäre die Einrichtung eines Fußgängerüberweges überlegenswert.

Herr Rülke steht inhaltlich hinter dem Antrag A 2017/005 und vertritt ebenfalls den Standpunkt, dass ein Grund dafür, dass es sich um keine Unfallschwerpunkte handelt, die 30 km/h gewesen sind. Ihm ist in der Stadt Freital keine einzige Stelle bekannt, wo die 30 km/h nicht gerechtfertigt gewesen sind. Daher sollte neben den Stellen Tharandter und Rabenauer Straße das gesamte Stadtgebiet berücksichtigt werden, da Herr Rülke der Überzeugung ist, dass in den kommenden Wochen weitere 30 km/h-Schilder abgebaut werden.

Herr Rumberg geht davon aus, dass eine Betrachtung des gesamten Stadtgebietes zu keinem Ergebnis führen wird, da es situationsbedingt ist. Insofern stimmt er dem Antrag der Fraktion Bürger für Freital zu, die Stellen Tharandter Straße und Rabenauer Straße zu betrachten, zumal es für April eine gemeinsame Verkehrsschau mit dem Landesamt für Straßenbau und Verkehr geben wird.

Herr Ch. Meyer sieht eine Entscheidung für den Antrag A 2017/005 positiv für die Verkehrsschau, weil damit klar die Meinung der Freitaler Bevölkerung zum Ausdruck kommt.

Herr Rumberg bittet darauf zu achten, keiner Willkür ausgesetzt zu werden, denn jeder hat bei der einen oder anderen Stelle seine Befindlichkeiten.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung.

#### **Beschluss-Nr.: 026/2017**

**Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital fordert den Oberbürgermeister auf, an folgenden Straßen in beiden Richtungen wieder eine Beschränkung der Geschwindigkeit mit dem Verkehrszeichen nach StVO VZ 274-53 „Zulässige Höchstgeschwindigkeit 30 km/h“ einrichten zu lassen:**

- Tharandter Straße im Bereich Einmündung Südstraße**
- Rabenauer Straße im Bereich Einmündung Tulpenstraße und Auf der Scheibe**

#### **Abstimmungsergebnis**

|   |    |
|---|----|
| Zahl der Gremiumsmitglieder:            | 35 |
| Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder: | 25 |
| Davon stimmberechtigt:                  | 25 |
| Ja-Stimmen:                             | 13 |
| Nein-Stimmen:                           | 6  |
| Stimmenthaltungen:                      | 6  |

**Tagesordnungspunkt 8****A 2017/006****Antrag der CDU-Fraktion zur Prüfung der Fördermöglichkeit für eine/n Transferassistenten/in für die Technologie- und Gründerzentrum Freital GmbH**

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 2. März 2017

Herr Rülke erläutert den Antrag.

Herr Ch. Meyer unterstützt sowohl als Stadtrat als auch als Mitglied des Unternehmerversandes den Antrag.

Herr Wolframm begrüßt ebenfalls den Antrag.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung.

**Beschluss-Nr.: 027/2017**

**Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beauftragt den Oberbürgermeister zu prüfen, ob die Beschäftigung eines/einer sogenannten Transferassistenten/in für die TGF GmbH vorteilhaft ist und falls ja, ob die Beschäftigung einer solchen Person durch die Sächsische Aufbaubank gefördert werden könnte. Falls Gründe hiergegen sprechen, ist der Stadtrat über die Gründe zu informieren.**

**Abstimmungsergebnis**

|   |    |
|---|----|
| Zahl der Gremiumsmitglieder:            | 35 |
| Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder: | 25 |
| Davon stimmberechtigt:                  | 25 |
| Ja-Stimmen:                             | 24 |
| Nein-Stimmen:                           | 0  |
| Stimmenthaltungen:                      | 1  |

**Tagesordnungspunkt 9****B 2017/006****Abschluss des Fördergebietes Freital-Döhlen für das Bund-Länder-Programm Stadtumbau Ost - Aufwertung und Bestätigung der Gebietserweiterung des SOP-Fördergebietes "Ortsteilzentrum Deuben"**

Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss (TUA)

am 1. März 2017

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 2. März 2017

Frau Schattanek erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Da kein Diskussionsbedarf besteht, folgt die Abstimmung.

**Beschluss-Nr.: 028/2017**

- 1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt das Fördergebiet im Bund-Länder-Programm „Stadtumbau Ost – Aufwertung“ Freital-Döhlen aufzuheben und beauftragt die Verwaltung, dieses Fördergebiet bei der Sächsischen Aufbaubank - Förderbank schlussabzurechnen.**
- 2. Der Beschluss Nr. 017/2015 des Stadtrates der Großen Kreisstadt Freital vom 5. Februar 2015 wird aufgehoben.**

**Abstimmungsergebnis**

|   |    |
|---|----|
| Zahl der Gremiumsmitglieder:            | 35 |
| Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder: | 25 |
| Davon stimmberechtigt:                  | 25 |
| Ja-Stimmen:                             | 24 |
| Nein-Stimmen:                           | 0  |
| Stimmenthaltungen:                      | 1  |

**Tagesordnungspunkt 10****B 2017/007****Feststellungsbeschluss zur 1. Änderung des Flächennutzungsplanes der Großen Kreisstadt Freital - Ergänzungsbeschluss**

Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss (TUA)  
Vorberatung im Ortschaftsrat Pesterwitz

am 1. März 2017  
am 6. März 2017

Frau Schattanek erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Herr Rülke erinnert, dass bereits im vergangenen Jahr gesagt wurde, sich in nicht allzu ferner Zeit insgesamt mit dem Flächennutzungsplan beschäftigen zu wollen, was für die Entwicklung der Stadt Freital notwendig ist.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung.

**Beschluss-Nr.: 029/2017**

**Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital bestätigt die 1. Änderung des Flächennutzungsplans der Großen Kreisstadt Freital (Nr. 1 des Beschlusses 079/16 vom 23. Juni 2016) in der Planfassung vom Juni 2016, diese resultierend aus der Auslegungsfassung Flächennutzungsplan mit Planungsstand vom April 2015 einschließlich redaktioneller Änderungen.**

**Abstimmungsergebnis**

|   |    |
|---|----|
| Zahl der Gremiumsmitglieder:            | 35 |
| Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder: | 25 |
| Davon stimmberechtigt:                  | 25 |
| Ja-Stimmen:                             | 24 |
| Nein-Stimmen:                           | 1  |
| Stimmenthaltungen:                      | 0  |

Herr Rumberg beendet den öffentlichen Teil und stellt die Nichtöffentlichkeit her.